



**Reaktion der Civil Society
Financing for Development
(FfD) Group auf den Bericht
des UN-Generalsekretärs
„Unsere Gemeinsame Agenda“**

Januar 2022

Reaktion der Civil Society Financing for Development (FfD) Group auf den Bericht des UN-Generalsekretärs „Unsere Gemeinsame Agenda“

Dieses Dokument wurde im Januar 2022 von der Civil Society Financing for Development (FfD) Group (einschließlich der Women's Working on FfD) erarbeitet, einer breiten Plattform von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken und Verbänden aus der ganzen Welt, die die Prozesse rund um die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung seit ihren Anfängen aufmerksam verfolgt. U. a. hat die Gruppe den zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung koordiniert und stellt einen Mechanismus für die kollektive Meinungsäußerung der Zivilgesellschaft in deren Folgeprozessen (dem FfD-Prozess) bereit. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der Civil Society FfD Group](#).

Herausgegeben von der Civil Society Financing for Development (FfD) Group

Weitere Informationen und Kontakt: csoforffd.org/about/

Zum englischen Original, Januar 2022 | Aus dem Englischen von Wolfgang Obenland

HINTERGRUND UND ZUSAMMENFASSUNG

Am 10. September 2021 veröffentlichte der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) António Guterres den Bericht Unsere Gemeinsame Agenda (Our Common Agenda, OCA).¹ Mit diesem Bericht wurde einer Aufforderung der UN-Mitgliedsstaaten entsprochen, „vor Ende der fünfundsiebzigsten Tagung der Generalversammlung Empfehlungen dazu vorzulegen, wie wir unsere gemeinsame Agenda voranbringen und den aktuellen wie künftigen Herausforderungen begegnen können.“²

Die Civil Society FfD Group ist äußerst besorgt über die im OCA-Bericht dargestellten neuen Vorschläge in Bezug auf die globale Wirtschafts- und Finanzarchitektur, die umfassenderen Auswirkungen auf die demokratische Global Governance sowie die Agenda zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (FfD) und damit zusammenhängende Bereiche. Anstatt die Rolle universeller und demokratischer zwischenstaatlicher Prozesse zu stärken, stützen sich die Vorschläge auf neue Multistakeholder-Ansätze, die im Bericht des Generalsekretärs als vernetzter Multilateralismus (networked multilateralism) bezeichnet werden. Diese Ansätze sollen globale Monopolisten und internationale Finanzakteure in Entscheidungsfindungsstrukturen einbinden, obwohl sie zu einer Konzentration von Reichtum und Macht beitragen, ganze Regionen in Verschuldung und Austerität zwingen, ökologische Integrität aushöhlen, Armut und Menschenrechtsverletzungen verschärfen, den gleichberechtigten und gerechten Zugang zu Impfstoffen aktiv untergraben und von Katastrophen profitiert haben. Diese Arbeitsweise würde die Legitimität der Vereinten Nationen unterminieren, die sie für ihre Rolle in internationalen Entscheidungsfindungsprozessen benötigt, indem damit verbundene Rechenschaftspflichten und Transparenz erodieren. Darüber hinaus

würde sie die Vereinten Nationen in extreme Interessenkonflikte bringen, der ihre Integrität und Autonomie untergraben könnten.

Die Civil Society FfD Group ist davon überzeugt, dass der Weg zur umfassenden Bewältigung der Herausforderungen, mit denen Menschheit und Planet derzeit konfrontiert sind, über eine **Vierte Konferenz über Entwicklungsfinanzierung** unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen führt. Das wäre der einzige Ort, an dem die Entwicklungsländer gleichberechtigt mitreden und mitbestimmen können, wenn es um Fragen der globalen ökonomischen Steuerung geht, die ihre Volkswirtschaften und Gesellschaften grundlegend beeinflussen. Die Civil Society FfD Group hat eine solche FfD-Konferenz in Form eines „Internationalen Gipfels für wirtschaftlichen Wiederaufbau und systemische Reformen“ gefordert, der auf einen Konsens über eine neue globale wirtschaftspolitische Architektur hinarbeiten sollte, systemische Reformen fördern und gleichzeitig die Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, soziale Gleichheit und Umweltgerechtigkeit gewährleisten, schützen und fördern könnte. Im Rahmen dieser neuen globalen Architektur würde das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen gestärkt, wobei die Menschenrechte sowohl von nicht-

¹ Vereinte Nationen (2021): Unsere gemeinsame Agenda: Bericht des Generalsekretärs. UN Dok. A/75/982. Verfügbar unter <https://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a75-982.pdf>. Das englische Original: United Nations (2021): Our Common Agenda: Report of the Secretary General. New York. Verfügbar unter <https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>. Im Weiteren zitiert als OCA.

² Vereinte Nationen (2020): Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 21. September 2020: Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen. UN Dok. A/RES/75/1. Verfügbar unter <https://www.un.org/depts/german/gv-75/band1/ar75001.pdf> bzw. Im Original unter <https://undocs.org/en/A/RES/75/1>.

staatlichen als auch von staatlichen Akteuren wirksam eingehalten, nicht zurückgebaut sondern schrittweise verwirklicht werden. Was der Generalsekretär vorschlägt, ist genau das Gegenteil: die Unterminierung der Vereinten Nationen und die Förderung eines undemokratischen, kolonialen und elitären Ansatzes.

Warum ist der Vorschlag des Generalsekretärs das Gegenteil von dem, was die FfD-Gruppe der Zivilgesellschaft gefordert hat? Die FfD-Konferenz ist ein Ort für Entscheidungsfindung, an dem mehrere Verhandlungsrunden einem abschließenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vorausgehen, um ein Ergebnisdokument zu erarbeiten. Dies steht im Gegensatz zu der Vorstellung eines Gipfels als theatralische Aufführung von Reden und Multistakeholder-Ansätzen, bei denen unklar ist, wer Entscheidungen trifft. Die Vereinten Nationen können es sich nicht leisten, ständig neue Talk-Shops und performative Gipfeltreffen zu erfinden, die auf gefährliche Weise Pflichtenträger (Regierungen), Inhaber von Rechten (Menschen) und Unternehmensinteressen als gleichberechtigte Stakeholder in einen Topf werfen und dabei die historischen Asymmetrien von Macht und Mitspracherechten zwischen den Regierungen unsichtbar machen.

Solche Multistakeholder-Ansätze wurden bereits ausgiebig kritisiert. Siehe z. B. die bestehende Kritik innerhalb der Zivilgesellschaft, zuletzt die [Mobilisierung gegen den UN-Food Systems Summit des Generalsekretärs](#).

Einige der negativen Auswirkungen sind:

- Der Multistakeholderismus vereint Pflichtenträger (Regierungen), Rechteinhaber (Menschen) und Unternehmen als gleichberechtigte Stakeholder, in der Illusion, dass alle Stakeholder gleiche Rechte, Pflichten und Fähigkeiten haben. Unter dem Deckmantel der Förderung von Zusammenarbeit und Partnerschaft verschleiert diese Strategie seit langem bestehende Ungerechtigkeiten, Machtungleichgewichte und den Missbrauch von Rechten und Pflichten und legitimiert tiefgreifende Machtungleichheiten.
- Multistakeholder-Prozesse sind voller Interessenkonflikte: Diejenigen, die Straftaten begehen und/oder ermöglichen und riesige Gewinne aus zerstörerischen, missbräuchlichen Aktivitäten und Praktiken erzielen, setzen Standards und Kriterien für Nachhaltigkeit, Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht.
- Der Multistakeholderismus normalisiert die Einmischung von Unternehmen in alle Aspekte unseres Lebens – Gesellschaft, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, Governance, Demokratie, Gerechtigkeit usw. – und bestätigt letztlich die Vereinnahmung globaler Governance-Räume durch Unternehmen.

Das Ausmaß, in dem sich der OCA-Bericht und seine Lösungen auf Multistakeholder-Ansätze stützen und die Rolle problematischer exklusiver Mitgliedsclubs und kolonialer, undemokratischer Foren verstärken, die denjenigen einen Platz am Tisch einräumen, die die Katastrophe ausgenutzt haben, ist besorgniserregend. Die UN sollte der normative Raum sein, in dem Entscheidungen über kritische globale Herausforderungen getroffen werden, was jedoch zunehmend von Gremien wie der OECD und der G20 in Beschlag genommen wird. Die Vereinten Nationen sollten sich in der Tat mit allen wesentlichen Themen dieser Agenda befassen. Dies sollte jedoch durch die Stärkung eines integrativen Multilateralismus geschehen. Nicht, indem sie sich der Vereinnahmung durch die Konzerne ergibt und die Möglichkeit noch mehr zunichte macht, globale Demokratie wiederzuerlangen.

Um es klar zu sagen: Multilateralismus ist kein vernetzter Multistakeholderismus. Die Rolle des Multilateralismus und der Vereinten Nationen besteht nicht darin, Multistakeholder-Foren oder Netzwerke für Diskussionen zu schaffen. Es

geht um **Entscheidungsfindung** zwischen allen Regierungen, um die dringenden und lebensbedrohlichen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen. Wir brauchen einen inklusiven Multilateralismus, der sicherstellt, dass die zwischenstaatlichen Verhandlungen über die wichtigsten globalen Herausforderungen für Bürger:innen transparent sind, die dann ihre jeweiligen Regierungen zur Rechenschaft ziehen können, um ehrgeizige Entscheidungen zu gewährleisten. Auf den folgenden Seiten heben wir spezifische Beispiele für den irreführenden Fokus des OCA-Berichts hervor. Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen, die sich bei den Vereinten Nationen engagieren, um sie zur Rechenschaft zu ziehen, werden sich bemühen, sich auf einen notwendigen strukturellen Paradigmenwechsel zu konzentrieren und nicht auf isolierte und fehlgeleitete Maßnahmen.

DER OCA-BERICHT UND DIE AUSHÖHLUNG DES MULTILATERALEN SYSTEMS

Was die globale Wirtschaftspolitik betrifft, haben wir Folgendes erwartet

- **Eine 4. Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD):** Es besteht dringender Bedarf nach einem neuen globalen Konsens über ein Wirtschaftssystem, das für Menschheit und Erde funktioniert. Der FfD-Prozess der Vereinten Nationen hat bereits das Mandat, eine solche Konferenz einzuberufen, um dringende globale systemische Herausforderungen in den Bereichen Verschuldung, international abgestimmte Steuern, private Finanzen, öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, Handel, Technologie und Finanzregulierung anzugehen. In den Modalitäten des FfD-Prozesses werden Zivilgesellschaft und Privatsektor bereits als Beteiligte anerkannt, die Beiträge leisten können, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass die Verhandlungen eindeutig auf zwischenstaatlicher Ebene mit den Mitgliedstaaten als Entscheidungsträgern stattfinden. Wir brauchen eine Führungsrolle der UN-Mitgliedstaaten und des Generalsekretärs, um diese bestehenden multilateralen Prozesse zu stärken, anstatt neue Foren und Gipfeltreffen zu erfinden, die die Entscheidungsfindung nur verzögern.
- **Die Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik:** Es besteht dringender Bedarf an multilateralen Reformen, um die Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik zu gewährleisten, wie z.B. die Notwendigkeit eines globalen Schuldentilgungsmechanismus bei den Vereinten Nationen, die Einrichtung einer universellen, zwischenstaatlichen UN-Steuerkommission und eines globalen Technologiebewertungsmechanismus bei der UN. Wir brauchen

eine Führungsrolle des Generalsekretariats, um die Länder des Globalen Nordens, die sich weiterhin in undemokratische, intransparente Foren zurückziehen, aufzufordern, sich stattdessen in den Vereinten Nationen zu engagieren und das demokratische Potenzial der UN zu wahren.

Der Generalsekretär fordert stattdessen einen hochrangigen Beirat und einen Zukunftsgipfel.

In OCA heißt es: „[Ich werde] einen **Beirat auf hoher Ebene** unter der Leitung ehemaliger Staats- und/oder Regierungsoberhäupter bitten, die hier dargelegten Ideen weiterzuentwickeln. Ich werde den Beirat insbesondere bitten, globale öffentliche Güter und möglicherweise auch andere Bereiche von gemeinsamem Interesse zu ermitteln, bei denen die Regelungsstrukturen am dringendsten verbessert werden müssen, sowie Möglichkeiten vorzuschlagen, wie dies erreicht werden könnte. [...] Der Beirat könnte auch die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge verwerten, einschließlich der Umfunktionierung des Treuhandrats und der Schaffung einer Notfallplattform.“ (OCA, Pkt. 102, Hervorhebung im Original)

„Sobald der Beirat einen Ergebnisbericht vorgelegt hat, ist der nächste wichtige Schritt die Abhaltung eines **„Zukunftsgipfels“** auf hoher Ebene unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern zur Erörterung von Ideen für Lenkungsmechanismen in den in diesem Bericht genannten Bereichen von internationalem Interesse und möglicherweise in anderen Bereichen, in denen Lenkungsmechanismen im Entstehen sind oder aktualisiert werden müssen.“ (OCA, Pkt. 103, Hervorhebung im Original)

„Diese Form des Multilateralismus ist stärker vernetzt, inklusiver und wirksamer gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.“ (OCA, Pkt. 104, Hervorhebung im Original)

Unsere Bedenken: Dieses hochrangige Beratungsgremium wird mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattet, nicht nur im Zusammenhang mit dem „Zukunftsgipfel“, sondern auch mit Vorschlägen zur Wiederbelebung des UN-Treuhandrats. Es würde wie ein Super-Gremium unter dem UN-Generalsekretär arbeiten, mit unklarer Rechenschaftspflicht gegenüber der UN-Generalversammlung. Das bedeutet, dass der Generalsekretär nicht nur spezifische Schritte zu einzelnen Themen fordert: Das Endergebnis ist de facto eine Herabstufung der Governance Mechanismen der Vereinten Nationen.

UNSERE WICHTIGSTEN ANLIEGEN

1 Zu den vorgeschlagenen neuen Formaten

Ein zweijähriges Gipfeltreffen zwischen den Mitgliedern der G20 und des UN-Wirtschafts- und Sozialrats, dem UN-Generalsekretär und den Leiterinnen der internationalen Finanzinstitutionen

In OCA heißt es: „Dadurch könnten wir die jeweiligen Stärken der zuständigen Organe systematischer kombinieren und die Weiterverfolgung des zwischenstaatlichen Prozesses der Finanzierung für nachhaltige Entwicklung umfassender nutzen. Zu den Anliegen, deren sich dieses zweijährliche Gipfeltreffen unmittelbar annehmen könnte, zählen eine extrem langfristige und innovative Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und Investitionsfördermaßnahmen zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung, die allen bedürftigen Ländern zu einem umweltfreundlichen und gerechten Wandel verhelfen könnten, sowie flexiblere Anreize im Bereich Forschung und Entwicklung zur Innovationsförderung und ein Prozess zur Beseitigung seit langem bestehender Schwächen in der internationalen Schuldenarchitektur“ (OCA, Pkt. 73)

Unsere Bedenken: Es ist äußerst besorgniserregend, dass der Vorschlag den bestehenden Prozess zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung untergräbt, der bereits damit beauftragt ist, Fragen der privaten Finanzierung, der Schuldenarchitektur, der innovativen Finanzierung, der internationalen Steuern und illegalen Finanzströme, der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Technologie und der Finanzregulierung zu behandeln – und das in einem universellen, zwischenstaatlichen Prozess mit einer Legitimität von 20 Jahren. Neben der Welthandelsorganisation (WTO) und der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) sind auch die Interna-

tionalen Finanzinstitutionen bereits am FfD-Prozess beteiligt. Wir halten es für inakzeptabel, dass die Vereinten Nationen Strukturen fördern, die eine Handvoll Mitgliedsstaaten privilegieren (wie die G20), anstatt die bestehenden universellen, inklusiven Prozesse zu stärken.

Der Generalsekretär stellt in seinem Bericht fest, die Lenkung der Wirtschaft liege: „in unverhältnismäßigem Maße in der Hand einiger weniger Staaten und Finanzakteure und ist von anderen Bereichen, in denen internationale Agenden festgelegt und Entscheidungen getroffen werden, abgeschottet.“ (OCA, Pkt. 73) Anstatt sich mit dieser besorgniserregenden Dynamik zu befassen, schlägt er einen alle zwei Jahre stattfindenden Gipfel vor, der sowohl den Mangel an Inklusivität als auch die Isolierung der bestehenden wirtschaftspolitischen Steuerung noch verstärkt.

Wie bereits erwähnt haben wir die UN-Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, sich dringend auf eine nächste FfD-Konferenz zu einigen, um auf die zahlreichen Krisen zu reagieren, mit denen wir konfrontiert sind, und eine neue globale Wirtschaftsarchitektur zu schaffen, die der Menschheit und dem Planeten zugute kommt.

Eine Plattform für Notmaßnahmen im Krisenfall

In OCA heißt es: „Schließlich fehlen uns noch immer vorab ausgehandelte Wege, im Falle einer globalen Wirtschaftskrise die maßgeblichen Interessenträger an einen Tisch zu bringen. Die vorgeschlagene Plattform für Notmaßnahmen im Krisenfall [...] könnte nicht nur in künftigen Pandemien, sondern auch bei künftigen Wirtschaftskrisen und -schocks entsprechenden Ausmaßes genutzt werden.“ (OCA, Pkt. 77)

„Die Plattform wäre kein neues ständiges Organ oder eine neue permanente Institution, sondern sie würde im Falle einer wie auch immer gearteten Krise ausreichenden Ausmaßes automatisch einberufen. Wäre die Plattform einmal aktiv, brächte sie führende Vertreterinnen und Vertreter

der Mitgliedstaaten, des Systems der Vereinten Nationen, der wichtigsten Ländergruppen, der internationalen Finanzinstitutionen, regionaler Organe, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors, fachspezifischer Branchen oder Forschungseinrichtungen sowie andere Sachverständige zusammen.“ (OCA, Pkt. 101)

Unsere Bedenken: Es gibt bereits ein vorverhandeltes Verfahren zur Einberufung und Entscheidungsfindung im Falle einer globalen Wirtschaftskrise, nämlich den FfD-Prozess. Eine solche FfD-Krisenkonferenz mit dem Titel „UN-Konferenz über die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungsländer“ wurde 2009 als direkte Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise einberufen. Die Herausforderung besteht nicht darin, dass es keine bestehenden Prozesse gibt, sondern darin, die hartnäckige Blockade einer Handvoll UN-Mitgliedsstaaten zu überwinden, die es vorziehen, dass solche Entscheidungen in undemokratischen Foren und nicht in der UN getroffen werden. Die Einrichtung von Multistakeholder-Initiativen wird dieses Problem nicht lösen und die Entscheidungsfindung nur weiter verzögern, indem der Status quo gestärkt wird.

2 Demokratisierung der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung und Aushandlung normativer politischer Leitlinien

Internationale Steuerarchitektur

In OCA heißt es: „Ich schlage außerdem vor, durch stärkere internationale Zusammenarbeit gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuerumgehung, Geldwäsche und illegale Finanzströme vorzugehen, unter anderem durch eine **neue gemeinsame Struktur für finanzielle Integrität und die Bekämpfung illegaler Finanzströme**, deren Hauptmitglieder die Vereinten Nationen, internationale Finanzinstitutionen, die OECD, wichtige Finanzzentren und zivilgesellschaftliche Fachorganisationen wären. Zu den Aufgaben dieser Struktur könnten unter anderem die Förderung von Transparenz

und Rechenschaftspflicht durch die Bereitstellung von Daten und anderen Informationen sowie die Förderung von Vereinbarungen zur Bekämpfung illegaler Finanzströme gehören.“ (OCA, Pkt. 25, Hervorhebung im Original)

Unsere Bedenken: Dies ist sehr besorgniserregend, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die G77 (ein Zusammenschluss von über 130 Entwicklungsländern) seit Jahren einen universellen, zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess über Steuerfragen bei den Vereinten Nationen gefordert hat. Die wichtigste Governance-Lücke bei der Bekämpfung der Illegitimen Finanzflüsse (IFF) bleibt die Frage der steuerbezogenen IFF, da es bereits universelle Foren wie das UN-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) und das UN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) für korruptions- und kriminalitätsbezogene IFF gibt. Der bestehende UN-Steuerausschuss leistet zwar wichtige Arbeit, ist aber nur ein Expertengremium und nicht auf zwischenstaatlicher Ebene angesiedelt; die Expert:innen sind in ihrer jeweiligen Eigenschaft tätig. Stattdessen werden internationale Steuerstandards derzeit durch zwischenstaatliche Prozesse in exklusiven OECD-Foren beschlossen, die intransparent und voreingenommen sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt lehnten kürzlich das OECD/G20/G7-Steuerabkommen ab, da sie befürchteten, dass es nur einer Handvoll OECD-Ländern zugute käme.

Eine neue gemeinsame UN-Struktur, die die Rolle der OECD-Mitgliedstaaten (die auch Mitglieder der UN sind) weiter stärkt, ist inakzeptabel. Wir fordern den UN-Generalsekretär und die Mitgliedstaaten auf, sich stattdessen auf die klare Forderung der G77 und von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu konzentrieren, ein universelles, zwischenstaatliches UN-Steuerremium einzurichten und eine UN-Steuerkonvention auszuhandeln.

Schuldenarchitektur

In OCA heißt es: „Zu den Anliegen, deren sich dieses zweijährliche Gipfeltreffen unmittelbar annehmen könnte, zähl[t...] ein Prozess zur Beseitigung seit langem bestehender Schwächen in der internationalen Schuldenarchitektur.“ (OCA, Pkt, S. 73)

Unsere Bedenken: Die Unzulänglichkeiten des Schuldenmoratoriums (Debt Service Suspension Initiative, DSSI) der G20 und des Gemeinsamen Rahmens für die Behandlung von Schulden (Common Framework for Debt Treatments), eine rechtzeitige, umfassende und faire Schuldenerlösung für in Not geratene Länder zu erreichen, ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie das Auslagern der Diskussionen über die Schuldenarchitektur in Formate, in denen wohlhabende Länder (überwiegend Kreditgeber) dominieren, während der Globale Süden (hauptsächlich Kreditnehmer) in der Minderheit ist, eine Garantie für das Scheitern der grundlegenden Reform der internationalen Finanzarchitektur ist, die die Welt braucht.

Wir brauchen keinen Prozess, der die Rolle der von den Kreditgebern dominierten Foren weiter stärkt. Stattdessen sind die Vereinten Nationen, die selbst kein Gläubiger sind, das einzige Forum, das einen inklusiven und demokratischen Raum bietet, um eine dauerhafte multilaterale Lösung für die Schuldenkrise zu finden. Wir fordern die Regierungen auf, einen Entschuldungsmechanismus bei den Vereinten Nationen einzurichten, d.h. einen transparenten, verbindlichen und multilateralen Rahmen für die Vermeidung und Lösung von Schuldenkrisen. Auch hier ist der FfD-Prozess bereits beauftragt, diese Herausforderungen in Bezug auf die Staatsverschuldung anzugehen, und das unter Berücksichtigung anderer systemischer Fragen, der Besteuerung, des Handels und der Regulierung des Finanzsektors, einschließlich der Akteure wie Rating-Agenturen. So kann sichergestellt werden, dass die Entwicklungsländer über den fiskalischen und politischen Spielraum verfügen, ihre Entwicklungsherausforderungen anzugehen.

Die Ökonomie des Sorgens und Pflegens

In OCA heißt es: „Neue Denkansätze für das [Bruttoinlandsprodukt] müssen auch Wege zur Anerkennung der Pflege- und Betreuungsarbeit und der informellen Wirtschaft umfassen. Konkret wird insbesondere die Pflege- und Betreuungsarbeit weltweit größtenteils unentgeltlich von Frauen und Mädchen verrichtet, was die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zementiert. Darüber hinaus hatte die COVID-

19-Pandemie stark geschlechtsspezifische Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung, was das Ausmaß verdeutlicht und verschärft hat, in dem Billionen US-Dollar durch jedes Jahr verrichtete Milliarden Stunden unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit verloren gehen. Neue Denkansätze für diesen Sektor müssen sowohl die Werterfassung unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit in Wirtschaftsmodellen als auch Investitionen in hochwertige entgeltliche Pflege- und Betreuungsarbeit als Bestandteil grundlegender öffentlicher Dienstleistungen und Sozialschutzregelungen vorsehen, unter anderem in Form besserer Entlohnung und Arbeitsbedingungen [...]. Auch ganz allgemein müssen wir neue Wege finden, um die enorme informelle Wirtschaft zu berücksichtigen und in Wert zu setzen.“ (OCA, Pkt. 39)

Unsere Bedenken: Die feministische Bewegung lehnt diese Kommodifizierung von Frauen und ihrer Arbeit ab. Die Menschenrechte von Frauen sind Menschenrechte und per se wertvoll, nicht weil die Wirtschaft den Wert braucht, den sie durch ihre Arbeit produzieren. Darüber hinaus konzentriert sich der Vorschlag auf die Bewertung der Betreuungsarbeit in den bestehenden Wirtschaftsmodellen (als ob wir unbezahlte Betreuungsarbeit monetarisieren würden) und nicht auf die vollständige Änderung dieser extraktiven und ausbeuterischen Wirtschaftsmodelle, die Frauen und Mädchen den gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und Gütern verwehren und damit wirtschaftliche und soziale Rechte verletzen. Diese Modelle werden durch die Ausbeutung der Arbeit, der Zeit und des geistigen und körperlichen Wohlbefindens von Frauen subventioniert. Es geht nicht darum, unbezahlte Betreuungsarbeit und informelle Wirtschaft in einem Bruttoinlandsprodukt 2.0 zu zählen, sondern um den strukturellen Wandel des Verständnisses von Wirtschaft und Wachstum. Es geht nicht nur darum, einen Indikator zu ändern, sondern auch darum, Perspektiven hinter sich zu lassen, die den Reichtum einiger weniger wertschätzen und das Wachstum anhand von Makroindikatoren messen, während sie das Wohlergehen vieler Menschen außer Acht lassen und Gewinne über die Menschen stellen. Es geht um politische Antworten, die auf eine Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Hausarbeit abzielen und in die Stärkung der

Pflegewirtschaft investieren. Dies bedeutet, dass eine ausreichende Finanzierung für geschlechtsspezifische öffentliche Dienstleistungen, einschließlich qualitativer Betreuungsarbeit, und für universelle Sozialschutzprogramme bereitgestellt werden muss.

Privatsektor

In OCA heißt es: „Diese neue Dynamik für die Weltwirtschaft setzt eine Anpassung der **Geschäftsmodelle** voraus, um Unternehmen, Märkte und die Gesellschaft besser zu vernetzen. Starke und zukunftsfähige Unternehmen gründen auf globalen Werten, darunter die Menschenrechte, die Arbeitsrechte, die ökologische Nachhaltigkeit und die Korruptionsbekämpfung. Alle diese Werte sind im Globalen Pakt der Vereinten Nationen verankert. Es ist unerlässlich, dass die Unternehmen ihre Geschäftspraxis koordiniert an globalen Zielen, einschließlich der Nachhaltigkeitsziele, ausrichten.“ (OCA, Pkt 76, Hervorhebung im Original)

Unser Anliegen: Eine Neuausrichtung der Geschäftsmodelle auf die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung wird nicht durch freiwillige Ansätze erreicht werden. Sie erfordert eine Reihe neuer, mutiger öffentlicher Normen, Strategien und Investitionen. Die Rolle des Staates bei der Festlegung neuer globaler Regeln muss bekräftigt werden, anstatt auf sie zu verzichten. Sie erfordert den Mut, nicht nachhaltige Investitionen und räuberische Praktiken zu stoppen. Es erfordert die Aufrechterhaltung der zentralen Bedeutung der Menschenrechte – der Grundlagen der Vereinten Nationen – als übergreifender Rahmen für unser gemeinsames Handeln.

In der Erkenntnis, dass freiwillige Grundsätze nicht ausreichen, brauchen wir die Anleitung des UN-Generalsekretariats, um die Regierungen aufzufordern, Unternehmen zu regulieren, auch indem wir uns konstruktiv an den laufenden Verhandlungen im Menschenrechtsrat hin zu einem internationalen rechtsverbindlichen Instrument für transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen beteiligen.

3 Globaler digitaler Pakt

In OCA heißt es: „Aufbauend auf den Empfehlungen im Fahrplan für die digitale Zusammenarbeit [...] könnten Vereinte Nationen, Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft in Vorbereitung auf einen Zukunftsgipfel ferner in einer **Multi-Akteur-Konstellation im Bereich der Digitaltechnologie** zusammenkommen, um sich auf einen **Globalen Digitalpakt** zu einigen.“ (OCA, Pkt. 93, Hervorhebungen im Original)

Unsere Bedenken: Der Vorschlag spiegelt die Empfehlung des hochrangigen Expertengremiums für digitale Zusammenarbeit des UN-Generalsekretärs wider, das von führenden Persönlichkeiten der globalen Technologieplattformen (Big Tech) geleitet wurde. Die Empfehlungen des Gremiums, die der UN-Generalsekretär in seinem im Juni 2020 veröffentlichten Fahrplan für die digitale Zusammenarbeit in großem Umfang übernommen hat, drehen sich um die zentrale Rolle des Privatsektors bei der Überwindung der digitalen Kluft und der Nutzung der Potenziale digitaler Technologien. Anstatt den eigennütigen Vorstoß von Big Tech zu unterstützen, sollten die Vereinten Nationen integrative multilaterale Prozesse fördern, um die der digitalen Kluft zugrunde liegende Entwicklungskluft zu überwinden, die wachsende Macht und den wachsenden Reichtum von Big Tech zu regulieren und einzudämmen und sicherzustellen, dass die Menschenrechte geachtet werden. Um die Integrität der Entscheidungsfindung bei der globalen Steuerung der Digitalisierung zu schützen, sollten Maßnahmen gegen Interessenkonflikte ergriffen werden, ähnlich wie bei der WHO. Um die negativen Folgen digitaler Technologien für die Gesellschaft, die Umwelt und die Menschen anzugehen, sollte die UN einen transparenten und partizipativen globalen Mechanismus zur Bewertung neuer Technologien einrichten.

Aufruf zum Handeln und nächste Schritte

Obwohl die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu den Kernaufgaben der Vereinten Nationen gehört, wurde sie im Laufe der Jahre systematisch an den Rand gedrängt. Wir sind zutiefst besorgt über die Vorschläge des UN-Generalsekretärs, Multistakeholder-Ansätze zu etablieren, anstatt die Führungsrolle der Mitgliedstaaten zur Stärkung der bestehenden multilateralen Prozesse einzufordern.

Wir fordern die UN-Mitgliedsstaaten auf, diese Vorschläge abzulehnen und stattdessen den inklusiven Multilateralismus und das demokratische Potenzial der Vereinten Nationen zu stärken.

Wir rufen Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen auf, die Unterminierung der Vereinten Nationen durch die Vereinnahmung durch Unternehmen und politische Eliten zurückzuweisen. Darüber hinaus rufen wir sie auf, auf allen Ebenen dafür zu mobilisieren und für den Paradigmenwechsel einzutreten, den die Welt in diesen Zeiten des Notstands und der Bedrohung für das Wohlergehen der Menschen und die Gesundheit des Planeten braucht.

Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. +49(0)30 678 1775 920
info@forumue.de | www.forumue.de

 [@cs_ffd](https://twitter.com/cs_ffd) |  [@CSOforFFD](https://www.facebook.com/CSOforFFD)

 [CSFfD auf Youtube](https://www.youtube.com/CSFfD) |  [csoforffd.org](https://www.csoforffd.org)